

Protokoll

über die 29. Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 28.04.2016, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 23:20 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Frau Rita Dietrich
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Ulrich Kloevekorn
Herr Peter Kramer
Herr Jan Lüchau
Herr Michael Schernikau
Herr Stephan Schwartz

ab 19:05 Uhr

Fraktionsvorsitzender
1. stellv. Stadtpräsident
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Joachim Funck
Frau Birgit Neumann-Rystow
Frau Ingrid Paradies
Herr Andreas Schnieber

Fraktionsvorsitzender

2. stellv. Bürgermeister

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Frau Aysen Ciker
Frau Gudrun Jungblut
Frau Petra Kärger
Herr Olaf Wuttke

2. stellv. Stadtpräsidentin

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Manfred Eichhorn
Frau Sophia Jacobs-Emeis
Frau Jutta Kross
Herr Wolfgang Rüdiger

3. stellv. Bürgermeister

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Herr Waldemar Herrmann
Frau Renate Koschorrek

Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE LINKE:



Herr Dr. Detlef Murphy
Herr Johannes Schneider

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Frau Heidemarie Bohnert
Frau Dr. Sigrun Klug

Vertreterin für Frau Dr. Klug

Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder

Umweltbeirat:

Herr Maximilian vom Bruch

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung
Herr Manuel Baehr
Herr Rolf Jagemann
Herr Klaus Lieberknecht
Frau Anja Rose
Herr Niels Schmidt
Herr Volkmар Scholz
Herr Ralf Waßmann
Frau Martina Weisser

Bürgermeister

Schriftführerin

Es fehlte entschuldigt:

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Thomas Grabau

Um 19.00 Uhr begrüßt der 1. Stellvertretende Stadtpräsident Herr Kloevekorn alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates durch die Anwesenheit von 27 stimmberechtigten Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung. Er fragt die SPD-Fraktion, ob deren Antrag zu Geh- und Radwegen in den zuständigen Fachausschuss weitergeleitet werden kann. Nach dortiger Beratung wäre der Antrag dann ggf. im Juni-Rat auf der Tagesordnung. Hiermit erklärt sich Frau Jacobs-Emeis einverstanden.

Herr Kloevekorn verweist jetzt auf die Beschlussvorlage Nr. 47/2016 - Überplanmäßige Verstärkung 3154-01001 / Hilfe für Wohnungslose -, die die Verwaltung im Wege der Dringlichkeit vorgelegt hat. Der Bürgermeister erläutert die Dringlichkeit. Ohne einen heutigen Beschluss und der damit verbundenen Bereitstellung der Mittel können angemietete Wohnungen oder freigewordene Plätze nicht mehr für einen Neubezug durch zugewiesene Flüchtlinge hergerichtet werden. Auch notwendige Unterhaltungsmaßnahmen



oder Reparaturen müssten dann unterbleiben. Letztlich könnte die Stadt Wedel dann nicht mehr ihrer Verpflichtung zur Unterbringung dieser Menschen nachkommen. Es spricht sich kein Ratsmitglied gegen die Dringlichkeit aus. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Die BV 47/2016 wird im Wege der Dringlichkeit in die Tagesordnung aufgenommen und unter dem TOP neu 8.4 behandelt.

Herr Eichhorn für die SPD-Fraktion beantragt, den TOP 16 - Grundstücksangelegenheit am Strandbaddamm - öffentlich zu behandeln. Die SPD kann sich vorstellen, dass zu diesem TOP eine Beratung ohne Nennung von Namen und Beträgen möglich ist.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

TOP 16 wird öffentlich beraten.

Herr Kloevekorn legt TOP 16 fest unter dem TOP neu 14 im öffentlichen Teil.

Herr Degener ist jetzt auch anwesend, damit sind nun 28 stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend.

Jetzt beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Die TOP 15 bis 17 werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Damit kann die Tagesordnung wie nachfolgend aufgestellt, behandelt werden:

T A G E S O R D N U N G

- 1.) Nachwahl der Stadtpräsidentin/ des Stadtpräsidenten
- 2.) Verpflichtung eines neuen Ratsmitglieds
- 3.) Ernennung und Vereidigung des Bürgermeisters
 - 3.1 Ernennung durch den 1. stellvertretenden Bürgermeister
 - 3.2 Vereidigung durch die Stadtpräsidentin/ den Stadtpräsidenten
- 4.) Einwohnerfragestunde
- 5.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 28. Sitzung am 18.02.2016



- 6.) Schriftliche Anfragen
 - 7.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern
 - 7.1 Entsendung eines neuen Mitglieds in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wedel GmbH
Vorschlagsberechtigt ist die SPD-Fraktion
 - 7.2 Sonstige Nachwahlen/ Entsendungen
 - 8.) Haushaltsangelegenheiten
 - 8.1 Kompensation der gekürzten Kreditermächtigung 2016
 - 8.2 Haushaltsgenehmigung 2016 - Stellungnahme
 - 8.3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2015 (2. Halbjahr)
 - 8.4 Überplanmäßige Verstärkung 3154-01001 (Hilfe für Wohnungslose)
 - 9.) Schulkinderbetreuung
 - 9.1 Schulkinderbetreuung
Erweiterung des Angebotes
 - 9.2 Schulkinderbetreuung
Beitragsordnung
 - 10.) Stiftung zur Förderung von Kunst und Kultur - Amschlerstiftung
Aussetzung der Vermögenszuführung
 - 11.) Straßennamensgebung;
hier: Eggenkamp
 - 12.) 4. Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Wedel
 - 13.) Mitteilungen und Anfragen
 - 13.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 13.2 Verkaufsoffener Sonntag anlässlich des Frühjahrsmarktes und Herbstmarktes 2016
 - 13.3 Mitarbeiterbefragung 2015
 - 14.) Grundstücksangelegenheit am Strandbaddamm
 - 14.1 Öffentliche Beratung

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit
 - 14.2 Nichtöffentliche Beschlussvorlage
-

- 15.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 28. nichtöffentlichen Sitzung vom 18.02.2016
- 16.) Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 16.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 16.2 nichtöffentliche Anfragen
- 17.) Personalangelegenheiten
 - 17.1 Personalangelegenheit;
 - 17.2 Personalangelegenheit;
- 18.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



1.) Nachwahl der Stadtpräsidentin/ des Stadtpräsidenten

Vor Behandlung des TOP 1 übergibt Herr Kloevekorn die Sitzungsleitung an seine Stellvertreterin, die 2. stellvertretende Stadtpräsidentin Frau Ciker.

Frau Ciker übernimmt die Leitung der Sitzung und ruft TOP 1 auf.

Herr Kissig als Vorsitzender der CDU-Fraktion schlägt Herr Ulrich Kloevekorn für das Amt des Stadtpräsidenten vor. Nach Überzeugung der CDU-Fraktion ist Herr Kloevekorn aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen sehr gut für dieses Amt geeignet, so Herr Kissig. Die CDU ist überzeugt, dass er das Amt sachlich und neutral ausüben und die Stadt sehr gut repräsentieren wird.

Frau Jungblut bittet vor dem Wahlgang um das Wort. Sie erklärt zu Beginn ihres Wortbeitrags an Herrn Kloevekorn gewandt, dass dieser die folgenden Aussagen nicht persönlich nehmen soll. Sie erklärt weiter, dass das folgende Anliegen die persönliche Meinung ihrer Fraktionskollegin Frau Kärgel und ihre eigene ist.

Sodann zeigt sie auf, dass im Rat und seinen Ausschüssen Frauen in herausgehobenen Positionen immer noch stark unterrepräsentiert sind. Frau Kärgel und sie hätten sich daher eine Stadtpräsidentin und keinen Stadtpräsidenten gewünscht. Sie möchten darauf hinwirken, dass der Rat zukünftig mehr auf eine paritätische Besetzung achtet. Sie werden daher unter dem TOP 12 - Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Wedel - einen entsprechenden Antrag stellen, wonach eine Regelung in die Geschäftsordnung aufgenommen werden soll, Ämter und Posten paritätisch zu besetzen.

Frau Ciker lässt jetzt über den Vorschlag von Herrn Kissig abstimmen.
Der Rat beschließt bei 1 Enthaltung und 28 Ja-Stimmen :

Beschluss

**Der Rat wählt zum Stadtpräsidentin
Herrn Ulrich Kloevekorn.**

Frau Ciker übergibt die Sitzungsleitung jetzt wieder an Herrn Kloevekorn und gratuliert ihm zu seiner Wahl.

Herr Kloevekorn leitet die Sitzung ab TOP 2 als Stadtpräsident.

Die Fraktionsvorsitzenden und Mitglieder aus der Verwaltung gratulieren Herrn Kloevekorn zu seiner Wahl und überreichen ihm Blumen. Herr Kloevekorn bedankt sich bei den Ratsmitgliedern für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und verspricht, bei der Ausübung seines Amtes die Neutralität zu wahren. Er freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Rat und der Verwaltung.

2.) Verpflichtung eines neuen Ratsmitglieds



Herr Kloevekorn verpflichtet Frau Kross zur gewissenhaften Ausübung ihrer Obliegenheiten und zur Verschwiegenheit und führt sie in ihr Amt ein. Damit sind jetzt 29 anwesende Ratsmitglieder stimmberechtigt.

3.) Ernennung und Vereidigung des Bürgermeisters

3.1.) Ernennung durch den 1. stellvertretenden Bürgermeister

Der 1.stellvertretende Bürgermeister Herr Kramer ernennt Herrn Schmidt mit Wirkung vom 01.05.2016 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von weiteren 6 Jahren zum Bürgermeister der Stadt Wedel. Herr Kramer überträgt Herrn Schmidt das Amt des Bürgermeisters und weist ihn in die entsprechende Planstelle ein. Er überreicht ihm die Ernennungsurkunde.

3.2.) Vereidigung durch die Stadtpräsidentin/ den Stadtpräsidenten

Der Stadtpräsident Herr Kloevekorn vereidigt Herrn Schmidt. Herr Schmidt erhebt die rechte Hand und spricht die Eidesformel mit folgendem Wortlaut:
„Ich schwöre, Verfassung und Gesetze zu beachten und meine Amtspflichten treu und gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

Herr Kloevekorn gratuliert Herrn Schmidt. Herr Schmidt erklärt, an den Rat und alle weiteren Anwesenden gewandt, dass er sich auf die Fortsetzung seiner Arbeit als Bürgermeister für weitere 6 Jahre zum Wohle der Stadt und seiner Bürgerinnen und Bürger freut. Er kündigt an, immer fair und objektiv zu handeln. Ob er allerdings immer ein bequemer Bürgermeister sein wird, kann er nicht versprechen. Er kündigt an, vor der Sommerpause zu einem parlamentarischen Bierabend einzuladen.

Die Fraktionsvorsitzenden und Mitglieder Verwaltung gratulieren dem Bürgermeister und überreichen auch ihm Blumen.

Frau Jungblut bittet vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes um das Wort. Sie gratuliert Herrn Schmidt ebenfalls und führt dann aus, dass es sich ja sicherlich herumgesprochen habe, dass es nach der Bürgermeisterwahl einen Einspruch gegeben hatte, der von der Kommunalaufsicht bearbeitet wird. Der Gemeindevahlleiter Herr Waßmann habe ihr auf Nachfrage erklärt, dass noch keine schriftliche Entscheidung zu dem Einspruch vorliegen würde. Frau Jungblut meint, dass man einen Einspruch als demokratisches Mittel hier und heute nicht einfach ignorieren darf. Sie hatte sich gefragt, ob man den Tagesordnungspunkt nicht bis zur endgültigen Entscheidung hätte schieben müssen. Eine Nachfrage beim Innenministerium hat aber ergeben, dass Ernennung und Vereidigung möglich sind, ggf. müssten diese zurückgenommen werden.



4.) Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner, Herr Erdmann, verliest eine umfangreiche Frage, die an die Stadtpräsidentin gegeben hatte und die diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist. Er fragt dazu:

- Wieso wurde die Frage bisher nicht beantwortet? Er hat jedenfalls bisher keine entsprechende Antwort erhalten. Ist es nicht üblich, dass der Fragesteller eine Antwort bekommt?
- Ist der Rat über den Inhalt der Anfrage und der Antwort unterrichtet?
- Hat der Bürgermeister dem Rat gegenüber geantwortet?

Herr Kloevekorn entgegnet, dass er als neuer Stadtpräsident die Anfrage nicht kenne. Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

Der nächste Fragesteller Herr Pflüger beglückwünscht zunächst Herrn Kloevekorn und Herrn Schmidt zu ihrer Wahl bzw. Ernennung.

Er stellt sodann die folgenden Fragen:

- Was sind bei wedel.de „angemeldete Bediener“ Bleiben die anonym?

Die Frage kann von der Verwaltung nicht beantwortet werden, weil niemand weiß, was anonyme Bediener sind. Die zuständige Mitarbeiterin wird gefragt.

- In den Printmedien der IHK wird für diverse Gewerbegebiete geworben. Warum nicht für den BusinessPark Elbufer?

Herr Amelung erwidert, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit professionellen Fachunternehmen überregional Werbung betreibt und erläutert dieses in kurzer Zusammenfassung.

- In den Medien war zu lesen, dass Wedel nach Anregung des Innenministeriums über weitere Steuererhöhungen nachdenken sollte. Wieso werden keine Gelder durch Ahndung von Verstößen insbesondere der Radfahrer in Wedel im fließenden Verkehr eingenommen?

Der Bürgermeister antwortet, dass die Stadt für derartige Überwachungen nicht zuständig ist, sondern der Kreis Pinneberg.

5.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 28. Sitzung am 18.02.2016



Beschluss

Das Protokoll wird bei 4 Enthaltungen genehmigt.

6.) Schriftliche Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

7.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern**7.1.) Entsendung eines neuen Mitglieds in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wedel GmbH
Vorschlagsberechtigt ist die SPD-Fraktion**

Frau Jacobs-Emeis schlägt Herrn Hellmut Plüschau vor.

Der Rat beschließt mit 12:14:3 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Vorschlag wird abgelehnt. Herr Plüschau wird nicht in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wedel GmbH entsendet.

Herr Barop erklärt, dass er das Abstimmverhalten nicht kommentarlos stehen lassen möchte. Es war immer guter parlamentarischer Brauch, den Fraktionsvorschlägen zuzustimmen. Er hätte zu dem heutigen Abstimmungsverhalten zumindest eine Begründung der ablehnenden Fraktionen erwartet.

7.2.) Sonstige Nachwahlen/ Entsendungen

Der Rat wählt einstimmig:

Beschluss

In den Ausschuss für Jugend und Soziales:

Frau Ursula Grabbert als bürgerliches Mitglied

Frau Gabriele Spreer als 1.Stellvertreterin

Frau Sophia Jacobs-Emeis als 2.Stellvertreterin

Frau Heidi Keck als 4. Stellvertreterin

(für: Sophia Jacobs-Emeis als Ratsmitglied

Ursula Grabbert als 1.Stellvertreterin

Tobias Niemeyer als 2. Stellvertreter)

In den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:

Frau Claudia Wittburg* als 1. Stellvertreterin

Frau Ursula Grabbert als 3. Stellvertreterin

Herrn Tobias Niemeyer als 4. Stellvertreter

(*für Ursula Grabbert als 1. Stellvertreterin)

In den Umwelt-,Bau- und Feuerwehrausschuss

Herrn Tobias Niemeyer als bürgerliches Mitglied

Herrn Hans-Peter Nowack als 1. Stellvertreter

Herrn Thorsten Zipperich als 4. Stellvertreter

(für Hans-Peter Nowack als bürgerliches Mitglied

Thorsten Zipperich als 1. Stellvertreter)

In den Planungsausschuss

Frau Sophia Jacobs-Emeis als 2. Stellvertreterin

Frau Claudia Wittburg als 4. Stellvertreterin

(für: Frank Balack als 2. Stellvertreter)

In den Wahlprüfungsausschuss

Herrn Lothar Barop

1.Vertretung Frau Ursula Grabbert

(für: Thorsten Zipperich)



8.) Haushaltsangelegenheiten

8.1.) Kompensation der gekürzten Kreditermächtigung 2016 Vorlage: BV/2016/038

Da im Haupt- und Finanzausschuss keine Empfehlung ausgesprochen wurde, bringt der Bürgermeister die Beschlussvorlage ein. Er erinnert daran, dass mit der Genehmigung des Haushaltes Auflagen zu Einsparungen seitens des Innenministeriums einhergingen.

Die Vorschläge sind aus Sicht Herrn Schmidts vertretbar. Wie auch der Presse zu entnehmen war und ist, sind die Flüchtlingszahlen stark zurückgegangen. Herr Schmidt macht deutlich, dass bei Ablehnung der Verwaltungsvorschläge in gleicher Höhe andere Einsparungsvorschläge - dann seitens der Politik - vorgetragen werden müssen. Sollte es zu keinem Beschluss und keinen entsprechend hohen Einsparungen kommen, würde er, so Herr Schmidt, dennoch gemäß seinem Vorschlag verfahren, um den Auflagen und Vorgaben des Innenministeriums nachkommen zu können.

Herr Dr. Murphy erklärt, dass die Linken dem Haushalt zugestimmt haben und diesen auch nicht gefährden wollen. Er zitiert aus den Schreiben des Innenministeriums, wonach nur ein Teil der aufgelaufenen Defizite der Unterbringung von Flüchtlingen zuzuordnen ist. Er stellt den folgenden Antrag:

Antrag

Die Vorlage Nr. 38/2016 wird in den Haupt- und Finanzausschuss zurückverwiesen. Zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses legt die Verwaltung alternative Einsparvorschläge vor.

Frau Jacobs-Emeis erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese der Beschlussvorlage zustimmen wird, da es sich bei den Vorschlägen gar nicht um Streichungen, sondern lediglich um Verschiebungen handelt. Außerdem kann man die Kürzungsforderungen des Innenministeriums nicht ignorieren. Sie erinnert daran, dass die SPD-Fraktion bereits im HFA- September 2015 die Kreditaufnahme für eine Beteiligung an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG stark kritisiert hatte. Die SPD hatte damals schon prophezeit, dass die für Trianel eingesetzten Gelder später für den Bau von Flüchtlingsunterkünften fehlen werden. Und genau das ist jetzt eingetreten.

Herr Herrmann erinnert an die im Rahmen der Haushaltsberatungen geäußerten Bedenken seiner Fraktion. Schon damals hatte die FDP dringend dazu geraten, den Bau der Flüchtlingsunterkunft Steinberg durch einen Investor durchführen zu lassen, um hierfür keine Kredite aufnehmen zu müssen. Die FDP sah damals schon die Kreditwürdigkeit der Stadt als gefährdet an. Aus diesem Grund hatte die FDP dem Haushalt auch nicht zugestimmt.

Die FDP ist auch zum jetzigen Zeitpunkt noch der Auffassung, dass die Unterkunft am Steinberg im Investorenmodell errichtet werden könnte. Es ist dazu noch nicht zu

spät. Er appelliert eindringlich an die Verwaltung, in diese Richtung noch einmal zu prüfen. Damit würde man auch den Forderungen des Innenministeriums entsprechen. Die FDP wird der vorliegenden Beschlussvorlage aus genannten Gründen nicht zustimmen.

Herr Wuttke für die Bd.90/Grüne-Fraktion führt aus, dass eine Verschiebung der Investitionen für die Heinestraße nicht negativ wäre. Aufgrund der Zeitschiene für die anstehenden Planungen, Ausschreibung usw. ist ohnehin nicht mehr mit Baubeginn in 2016 zu rechnen. Es wäre daher nichts verloren. Außerdem liegt die Heinestraße auf Platz 3 der Prioritätenliste. Da noch nicht einmal mit dem Bau auf Platz 1 und 2 begonnen wurde, ist kaum mit einem Baubeginn der Unterkunft der Priorität 3 in 2016 zu rechnen. Hinsichtlich anderer Einsparmöglichkeiten in eben dieser Größenordnung hatte die Verwaltung auf Nachfragen bereits erklärt, dass sie keine anderen Möglichkeiten von gleich großen Einsparpotentialen sieht. Unter diesen Umständen würde eine Rückverweisung in den HFA, wie von den Grünen beantragt, nach Ansicht von Herrn Wuttke nicht viel bringen. Er fragt die Verwaltung noch einmal direkt, ob eine Verschiebung um 1 Monat mit erheblichen Nachteilen verbunden wäre.

Herr Amelung antwortet, dass das der Fall wäre. Alle neuen geplanten Investitionen wären gebremst. Neue Investitionen wären nicht umsetzbar.

Herr Kissig für die CDU-Fraktion erklärt, dass die CDU ursprünglich dem vorgelegten Haushaltsentwurf zustimmen wollte. Dann wurden aber Dinge hinein designed, u.a. die Eigenfinanzierung für den Bau von Wohnunterkünften, was dazu führte, dass die CDU nicht mehr zustimmen konnte. Die Linken hatten erklärt, dass die Eigenfinanzierung der Wohnunterkünfte ein Einstieg in den kommunalen Wohnungsbau sein würden. Das sieht die CDU-Fraktion vollkommen anders. Die Unterkünfte unterliegen einem extrem hohen Verschleiß. Die Unterkünfte befinden sich nach Abschreibung in einem Zustand, der eine weitere Vermietung gar nicht ohne weitere Investitionen zulassen würde. Die Eigenfinanzierung ist eindeutig der falsche Weg. Dadurch wird die Kreditfähigkeit der Stadt unnötig stark eingeschränkt. Die CDU hat schon dem Haushalt aus besagten Gründen nicht zugestimmt und wird daher auch jetzt der vorliegenden Beschlussvorlage nicht zustimmen. Sollen die Fraktionen, die dem Haushalt zugestimmt haben, jetzt auch selber sehen, wie sie diesen sanieren können und wollen. Zum Standort Heinestraße merkt Herr Kissig außerdem an, dass dort ja nun in 2016 gar nicht mehr mit dem Bau begonnen werden wird. Da die CDU sich schon vor einem Jahr gegen den Standort ausgesprochen hatte, regt die CDU an, jetzt, da der Zeitdruck entfallen ist - Zeitdruck war seinerzeit Begründung für die Festlegung des Standorts Heinestraße - auch noch einmal neu über Alternativen nachzudenken. Zufällig gibt es in nur 150 m Entfernung einen genügend großen Parkplatz vor einer Kleingartenkolonie.

Zu dem Antrag der Linke-Fraktion merkt Herr Kissig an, dass dieser seines Erachtens schon seltsam anmutet. Zunächst wird gegen gute Argumente der Haushalt mit beschlossen und wenn der Innenminister dann mit Auflagen und Einschränkungen kommt, soll die Verwaltung, die schon Einsparvorschläge vorgelegt hat, noch einmal neue Vorschläge unterbreiten. Das ist aber eindeutig Aufgabe der Politik und zwar der Fraktionen, die den Haushalt beschlossen haben.

Weil es eben Aufgabe der Fraktionen ist, über Einsparungen nachzudenken, würde die CDU sich nicht verschließen und könnte dem Antrag der Linke-Fraktion unter der Voraussetzung zustimmen, dass sich alle Fraktionen gemeinsam mit neuen bzw. anderen Einsparvorschlägen befassen.

Herr Funck für die WSI erklärt, dass die WSI der Beschlussvorlage zustimmen kann. Wedel hat zwar in gewisser Weise sozialen Wohnungsbau, aber keinerlei

Belegungsrechte. Dieses wäre aber bei einer Eigenfinanzierung am Steinberg jetzt gegeben. Der WSI ist klar, dass die Standards herabgesenkt sind, dennoch steht mit dem Bau neuer Wohnraum zur Verfügung.

Herrn Dr. Murphy ist es nach dem Vorschlag von Herrn Kissig langsam unheimlich, dass die Linken schon wieder „zusammen mit der CDU im Bett liegen.“ Wenn den Linken vorgeworfen wird, sie würden keine Einsparvorschläge unterbreiten, streitet er dieses ab. Auf den entsprechenden workshops, die die Verwaltung organisiert hatte, haben die Linken Einsparungen beim Umbau des Hafens vorgeschlagen. Die Linken wollen die heilige Kuh „Hafen“ gar nicht schlachten. Aber für diese sind 3,9 Mio € veranschlagt worden. Wenn denn nun das Futter knapper wird, muss eben auch eine gefräßige Kuh weniger Futter hinnehmen. Und ohne Not kann hier nach Auffassung der Linke-Fraktion eingespart werden. Bis Planungen, Ausschreibung und Beauftragungen bis zu einem konkreten Baubeginn abgeschlossen sind, ist das Jahr 2016 beendet und die Maßnahmen würden ohnehin erst in 2017 beginnen. Da stehen also für 2016 3,9 Mio € zur Verfügung.

Um dem Vorwurf entgegenzutreten, die Linken würden außer beim Hafenumbau keine Einsparvorschläge vorbringen, zeigt Herr Dr. Murphy anhand einiger Beispiele auf, wo seines Erachtens ohne weiteres noch Einsparungen bzw. Verschiebungen von Maßnahmen erfolgen könnten. Er nennt hier einige Straßenbaumaßnahmen, LED-Umrüstung, Fahrzeuganschaffungen oder auch die Anschaffung einer Wildmatbürste.

Herr Schmidt fasst nach der soeben geführten längeren Diskussion zusammen:

Die Verwaltung hat sich Gedanken gemacht und die ihrer Meinung nach am einfachsten umsetzbaren Einsparungen vorgelegt und begründet. Natürlich kann man auch anfangen z.B. im Bereich Beschaffungen für den Bauhof zu sparen. Man muss sich fragen, wie sinnvoll das ist, wenn der Bauhof dadurch nicht mehr alle seiner Aufgaben wahrnehmen kann. Die Verwaltung hatte aufgrund der Kurzfristigkeit auch keine Gelegenheit, sich mit der Politik abzustimmen. Die Politik ist natürlich frei, andere Einsparmaßnahmen vorzuziehen.

Die teilweise kontroverse Diskussion setzt sich fort. Herr Eichhorn stellt während dieser fest, dass Herr Dr. Murphy grundsätzlich recht hat, wenn er der Verwaltung vorwirft, sie habe keine Alternativen zu ihren Einsparvorschlägen vorgelegt. Andererseits ist es aber auch schlecht, wenn die Politik von sich aus überhaupt keine Vorschläge macht. Da muss sich die Politik auch einmal an die eigene Nase fassen. Zu dem Vorschlag Herrn Kissigs, die geplante Flüchtlingsunterkunft weg vom Parkplatz Heinestraße hin zur Kleingartenkolonie zu schieben, entgegnet Herr Eichhorn, dass ihm dieser Vorschlag den Atem genommen hat. Da spiegelt sich die Auffassung der CDU: Flüchtlinge sollten dort angesiedelt werden, wo sie nicht stören.

Herr Herrmann fragt, wie es denn nun weiter gehen soll. Man muss doch weiter denken, als immer nur von einem Jahr in das nächste zu schieben. Zu überlegen ist, was denn wirklich absolut nötig ist und wo, wenn es auch schmerzhaft ist, Investitionen unterbleiben könnten. Man muss überlegen, wie es für die nächsten 2-3 Jahre weiter gehen soll. Die Kreditwürdigkeit muss wieder hergestellt und erhalten werden.

Hierauf erwidert Herr Barop, dass er sich diese Denkungsweise von Herrn Herrmann bereits bei der Entscheidung einer 10 Mio - Kreditaufnahme für die Stadtparkasseneinlage gewünscht hätte.

Herr Schmidt verdeutlicht zu der Aussage Herrn Barops, dass das Problem der Stadt im Ergebnishaushalt liegt. Durch die Kreditaufnahme für die Stadtparkasseneinlage hat sich die Stadt eine jährliche 6-stellige Einnahme gesichert. Ohne genau diese

Einnahme sähe der Haushalt der Stadt noch prekärer aus. Er steht auch heute noch zu der aus seiner Sicht damaligen richtigen Entscheidung.

Die Ratssitzung wird von 20.15 bis 20.20 Uhr unterbrochen.

Der Rat beschließt jetzt über den Antrag der Linke-Fraktion mit 15:14:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird angenommen. Die Beschlussvorlage 38/2016 wird an den haupt- und Finanzausschuss zurückverwiesen. Die Verwaltung legt zum nächsten Haupt- und Finanzausschuss alternative Einsparvorschläge vor.

8.2.) Haushaltsgenehmigung 2016 - Stellungnahme Vorlage: MV/2016/031

Der Rat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

8.3.) Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2015 (2. Halbjahr) Vorlage: MV/2016/019

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8.4.) Überplanmäßige Verstärkung 3154-01001 (Hilfe für Wohnungslose) Vorlage: BV/2016/047

Der Bürgermeister trägt die Beschlussvorlage vor und begründet noch einmal kurz die Dringlichkeit. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt, für die Ein- und Herrichtung der Notunterkünfte und der angemieteten Wohnungen 198.000 € im Budget 3154-01001 überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Zur Deckung können Einnahmen aus folgendem Budget herangezogen werden:

- Verwaltung der Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge (Budget 3139-01000)**9.) Schulkinderbetreuung****9.1.) Schulkinderbetreuung
Erweiterung des Angebotes
Vorlage: BV/2016/017/1**

Herr Barop als Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport trägt die Beschlussvorlage vor.

Frau Garling für die CDU-Fraktion bittet, die Punkte 4 und 5 in der Vorlage getrennt von den anderen Punkten des Beschlussvorschlags abzustimmen.

Es geht dabei um die Erweiterung der Verwaltungsstunden. Die Schulkinderbetreuung ist ein wichtiges Element für junge Familien. Diese freiwillige Leistung muss finanziert werden. Und wenn Sparmaßnahmen erforderlich sind, ist es der CDU lieber, es wird im Verwaltungsbereich gespart als dieses bei den Eltern und den Kindern zu tun. Die CDU möchte bis auf die beiden genannten Punkte der Vorlage zustimmen. Daher die Bitte um getrennte Abstimmung.

In der sich anschließenden Aussprache erklärt Herr Dr. Murphy, dass es sich erst einmal gut anhört, im Verwaltungsbereich zu sparen. Aber er gibt zu Bedenken, dass damit die Erzieherinnen immer mehr mit Verwaltungsarbeiten belastet werden, was letztlich dann doch zu Lasten der Kinder geht.

Der Rat beschließt sodann über die Punkte A, 1,2,3,6, und B der Beschlussvorlage einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt:

- A. Erweiterung des Angebotes der Schulkinderbetreuung zum 01.08.2016**
 - 1. Die Schulkinderbetreuung an der Altstadtschule wird um eine Gruppe gemäß Anmeldungen erweitert.**
 - 2. Die Schulkinderbetreuung an der Moorwegschule wird um zwei Gruppen für je 25 Kinder erweitert.**
 - 3. Es wird eine weitere Stelle für Bundesfreiwillige geschaffen.**
 - 4. Die Räumlichkeiten in der Pestalozzischule werden für die Betreuung von Schulkindern soweit möglich auch unter Nutzung bereits vorhandener Ausstattungsmittel angemessen umgebaut und ausgestattet.**
- B. Der Mietvertrag mit dem DRK für die Räumlichkeiten der Schulkinderbetreuung in der Nothilfestation wird zum 01.08.2016 gekündigt.**



Jetzt beschließt der Rat über die beiden Punkte 4 und 5 des Beschlussvorschlags mit 18:11:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

5. Die Stelle 1-408-03 (EG 6) wird um 10 Stunden erweitert.
6. Die Stellen 1-408-40 und 1-408- 50 (S8a) werden um jeweils 5 Stunden (gesamt 10 Std.) für die Teamleitungen erweitert.

Herr Kloeve Korn stellt fest, dass damit alle Punkte des Beschlussvorschlags beschlossen wurden.

9.2.) Schulkinderbetreuung Beitragsordnung Vorlage: BV/2016/029

Herr Barop trägt als Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport auch diese Beschlussvorlage vor.

Frau Garling stellt fest, dass mit dem Beschlussvorschlag wieder 40.000,--€ Mehrkosten den Haushalt belasten. Daher hatte die CDU einen Kompensationsvorschlag im BKS vorgelegt und beantragt, diesen umzusetzen. Dieser lautete:

„Die Verwaltung wird gebeten, die Vorschläge zur Kompensation der Mehrausgaben aufgrund der Einführung der Geschwisterregelung bei der SKB - wirksam ab 1.8.2017 - zu erarbeiten.“

Frau Kär gel freut sich einerseits über den beschlussvorschlag, hat aber auch ein weinendes Auge. Denn die Schulkinderbetreuungssätze sind immer noch die höchsten in ganz Schleswig-Holstein. Seit 2010 sind die Gebührensätze in Wedel um 50 % gestiegen. Die Erhöhung im Haushalt jetzt um 40.000,-- ist unter Betrachtung des Gesamthaushaltes gering, die Wirkung für die Eltern aber riesengroß. Für die meisten Eltern wird eine spürbare Entlastung bemerkbar sein. Frau Neumann-Rystow merkt an, dass es sich bei der SKB nicht um Aufbewahrungsanstalten handelt, sondern um hochwertige Betreuung. Das hat nun einmal seinen Preis.

Der Rat beschließt nach kurzer weiterer Aussprache einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt die dieser Vorlage beigefügte

„Beitragsordnung für die Schulkinderbetreuung an Wedeler Grundschulen“

(gültig ab 01.08.2016) „neue Fassung“.

- 10.) **Stiftung zur Förderung von Kunst und Kultur - Amschlerstiftung**
Aussetzung der Vermögenszuführung
Vorlage: BV/2016/013

Herr Barop trägt auch diese Beschlussvorlage vor. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt,

die Vermögenszuführung zum Zwecke des Inflationsausgleiches gem. § 3 Abs. 2 der Stiftungssatzung für 2016 auszusetzen.

- 11.) **Straßennamensgebung;**
hier: Eggernkamp
Vorlage: BV/2016/018

Der Vorsitzende des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses Herr Grabau ist nicht anwesend. Herr Kloevekorn möchte die Sitzungsleitung nicht unterbrechen und bittet Herr Schwartz, die Beschlussvorlage einzubringen. Sodann beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt, die Erschließungsstraße im Außenbereich als Zuwegung zum Wander-Parkplatz Holmer Grenzweg mit dem Namen
Eggernkamp
zu benennen.

- 12.) **4. Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Wedel**
Vorlage: BV/2016/039



Herr Kissig als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses trägt die Beschlussvorlage vor und erläutert diese in einer kurzen Zusammenfassung. Mit den jetzt zu beschließenden Änderungen wird die Anpassung an die geänderten Bestimmungen der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein nachvollzogen. Das betrifft insbesondere die Anpassungen an die Regelungen zur Öffentlichkeit von Sitzungen.

Es folgt eine längere Aussprache, in der die Verwaltung Fragen der Ausschussmitglieder zu bestimmten Formulierungen beantwortet und in der Frau Kärgel und Frau Jungblut den folgenden gemeinsamen Antrag einbringen:

Antrag

Bei der Besetzung der Gremien, wie die Positionen von Stadtpräsidentschaft und Stellvertretung, Stellvertretungen der/ des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin sowie Ausschussvorsitz und Stellvertretungen der 5 ständig tagenden Ausschüsse Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss, Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, Haupt- und Finanzausschuss, Ausschuss für Jugend und Soziales sowie Planungsausschuss ist darauf hinzuwirken, dass beim Vorschlag über deren Besetzung eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern Berücksichtigung findet und hierbei eine Parität angestrebt wird.

Es folgt hierzu eine in Teilen kontroverse Diskussion. Herr Eichhorn findet, dass das zwar grundsätzlich eine charmante Idee ist und die SPD auch überhaupt nichts gegen Frauen auf den genannten Positionen hat. Er fragt sich allerdings, wie das in der Praxis umgesetzt werden soll. Er zeigt anhand von Beispielen auf, dass eine Umsetzung gar nicht immer möglich sein kann. Er schlägt daher vor, dass der formulierte Antrag ein Appell an die Fraktionen sein könnte, auf eine paritätische Besetzung hinzuwirken. Aber eine Aufnahme in die Geschäftsordnung für den Rat hält er für nicht praktikabel. Seines Erachtens gehören solche Appelle dort nicht hinein.

Auch Herr Kissig kann sich grundsätzlich für eine paritätische Besetzung aussprechen. Aber auch er sieht die Schwierigkeiten wie Herr Eichhorn sie aufgezeigt hat. Man kann auch keine Frau zwingen, bestimmte Positionen einzunehmen.

Herr Schmidt ergänzt, dass er eine Aufnahme von Regelungen zu einer paritätischen Besetzung in die Geschäftsordnung für den Rat für rechtlich bedenklich hält und hier ggf. widersprechen müsste. Hätte der Gesetzgeber eine solche Regelung gewollt, wären entsprechende Regelungen in der Gemeindeordnung längst enthalten. Außerhalb der Geschäftsordnung könnten sich die Fraktionen aber durchaus auf eine derartige Regelung verständigen, auch eine Resolution des Rates hielte er für vorstellbar.

Frau Kärgel erklärt, es sei ihr und Frau Jungblut darum gegangen, aufzuzeigen, dass man 2 wichtige Ämter, die in der Öffentlichkeit stehen, durchaus paritätisch hätte besetzen können. In diesem Fall wäre es ein schönes Signal gewesen, wenn eine Stadtpräsidentin neben dem Bürgermeister gewählt worden wäre. Sie sieht aber anhand der soeben geführten Debatte, dass der Rat den Antrag nicht mittragen wird. Sie würde sich daher sehr gerne eine namentliche Abstimmung zu dem Antrag wünschen.

Frau Koschorrek merkt an, dass die FDP die Forderungen der beiden Grüne-Fraktions-Frauen auch schon ohne besondere Regelungen voll erfüllt hat, was man leicht daran sehen kann, dass sie zusammen mit Herrn Herrmann hier im Rat sitzt. Die FDP will ansonsten einfach gute Leute und keine reinen Quotenfrauen.

Herr Kissig weist darauf hin, dass der heute gewählte Stadtpräsident Nachfolger von 2 aufeinander amtierenden Stadtpräsidentinnen geworden ist. Da kann man wohl durchaus von Parität sprechen. Wenn Frauen in der CDU für bestimmte Ämter geeignet sind und auch wollen, dürfen sie auch. Ihn verwundert allerdings, dass Frau Kärigel herausstellt, dass Frau sein offenbar ein Qualitätsmerkmal ist. Herr Kissig findet, dass Mann sein und Frau sein gleich hoch in der qualitativen Bedeutung liegt.

Nach weiter Diskussion beschließt der Rat sodann über den Antrag Frau mit 1:23:5 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Jetzt beschließt der Rat über die Beschlussvorlage einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt gem. § 34 Abs.2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) den 4. Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Wedel.

13.) Mitteilungen und Anfragen

13.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Es gibt keinen Bericht der Verwaltung.

13.2.) Verkaufsoffener Sonntag anlässlich des Frühjahrsmarktes und Herbstmarktes 2016

Vorlage: MV/2016/015

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13.3.) Mitarbeiterbefragung 2015

Vorlage: MV/2016/028



das weitere Handeln der Verwaltung sein. Sollte sich der HFA nicht einigen können, ist die Angelegenheit im 10 Tage späteren Rat noch einmal zu behandeln.

Der Rat beschließt unter Maßgabe, dass die Verwaltung zum nächsten HFA eine neue Beschlussvorlage vorlegt, in der alle aufgeworfenen Fragen beantwortet werden, einstimmig:

Beschluss

Die Beschlussvorlage 131/2015 wird in den HFA zurückverwiesen. Zur Sitzung des HFA am 23. Mai 2016 legt die Verwaltung eine neue Beschlussvorlage vor. Der Fachbereich Bauen und Umwelt kann auf Grundlage von 50 Stellplätzen das Baugenehmigungsverfahren umsetzen.

Vor der Behandlung der folgenden TOP schließt der Stadtpräsident die Öffentlichkeit aus.

18.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Stadtpräsident stellt die Öffentlichkeit wieder her und unterrichtet die Öffentlichkeit darüber, dass die Grundstücksangelegenheit in den Haupt- und Finanzausschuss zurückverwiesen wurde und dass die beiden Beschlussvorlagen zur Abberufung und Bestellung einer Prüferin bzw. eines Prüfers bei den Prüfdiensten gemäß Beschlussvorschlag beschlossen wurden.

Um 23.20 Uhr verabschiedet der Stadtpräsident alle Anwesenden, wünscht allen einen guten Heimweg und schließt die Sitzung.

Stadtpräsident

Martina Weisser
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift 04.05.16

03.05.16

